

Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 5. April 1913

1673. Anerkennung der chinesischen Republik

Politisches Departement. Antrag vom 4. April 1913

Herrn Bundesrat Forrer ist am 25. vorigen Monats von dem ihm persönlich bekannten derzeitigen chinesischen Minister des Äussern, Liou Tseng Tsiang, das nachfolgende Telegramm zugegangen, das als Gesuch um Anerkennung der chinesischen Republik durch den Bundesrat aufzufassen ist:

«Par suite de la récente déclaration de M. Wilson, la question de la reconnaissance de la République chinoise revit aux Etats-Unis; je suis convaincu que la Suisse, la plus ancienne République du monde, n'est pas indifférente au sort de sa plus jeune cadette, et je ne doute pas qu'elle s'intéresse, elle aussi, à ce mouvement qui se dessine dans le monde en notre faveur; puis-je compter sur votre influence personnelle pour sonder les dispositions du Conseil fédéral à notre égard? Merci d'avance pour une réponse favorable¹.

Liou Tseng Tsiang, Ministre des Affaires Etrangères.»

Die Frage der Anerkennung der chinesischen Republik wurde bereits voriges Jahr vom politischen Departement eingehend geprüft, in Anbetracht der Vorteile wirtschaftlicher Natur, die sich für die Schweiz als ersten anerkennenden Staat erwarten liessen. Es wurde jedoch davon Abstand genommen, dem Bundesrate einen diesbezüglichen Antrag zu unterbreiten, und zwar vornehmlich aus folgenden Erwägungen:

1. China hatte ein Anerkennungsbegehren gar nicht gestellt.
2. Die innere politische Lage Chinas und mithin die Stabilität der Republik schien damals noch unsicher.
3. Die Schweiz, die in China nicht vertreten ist und deren Landsleute Schutzgenossen dritter Mächte sind, konnte kaum in der Sache absolut selbständig vorgehen.

Nun hat sich die Lage nach diesen verschiedenen Richtungen geändert.

Der Bundesrat wird um Anerkennung ersucht.

Die republikanische Staatsform hat sich in China bereits eingelebt, und am 7. April nächsthin wird die Nationalversammlung den definitiven Präsidenten der Republik wählen.

Auf Anfrage, wie es sich mit der von der Regierung der Vereinigten Staaten in Aussicht gestellten Anerkennung verhält, teilt die Gesandtschaft in Washington

1. E 2001 (A), Archiv-Nr. 144.

heute telegraphisch mit², Präsident Wilson werde die chinesische Republik am 8. April, also am Tage nach der Präsidentenwahl, formell anerkennen, und er hoffe, andere Mächte würden das Gleiche tun.

Bei dieser Sachlage glaubt das Politische Departement, dass der Bundesrat dem Beispiel der Vereinigten Staaten folgen darf und soll. Es können der Schweiz hieraus nur Vorteile erwachsen. Diese Ansicht wird auch vom schweizerischen Handelsagenten in Shanghai, Herrn Winteler, der kürzlich in Peking war und das Gesuch Liou Tseng Tsiang's telegraphisch unterstützt, geteilt³.

Es wird demgemäss *beschlossen*:

Das Politische Departement wird ermächtigt, am 8. April an den chinesischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten folgendes Telegramm zu richten:

«Conseil fédéral suisse déclare reconnaître République chinoise et forme les vœux les plus chaleureux pour son avenir et sa prospérité. Au nom du Conseil fédéral. Le Président de la Confédération.»

2. E 2001 (A), Archiv-Nr. 144.

3. *Annex*.

E 2001 (A), Archiv-Nr. 144

ANNEX

*Der schweizerische Handelsagent in Shanghai, M. Winteler, an den Vorsteher
des Post- und Eisenbahndepartementes, L. Forrer*

S handschriftlich

Shanghai, 31. März 1913

Von Peking erhielt ich heute folgendes Schreiben des Conseiller du Waichiao Pu M. Tang:

«J'ai l'honneur de vous transmettre ci-joint une copie du télégramme que S. Ex. M. Liou Tseng Tsiang vient d'adresser à M. Forrer à Berne. Veuillez avoir l'obligeance d'en prendre connaissance.

Je profite de cette occasion pour vous envoyer, ainsi qu'à Madame, mes salutations les plus empressées.»

Es handelt sich um die Kopie des Ihnen am 27. ct. gesandten Telegramms, worin Sie von Minister Lion ersucht werden, Ihren Einfluss in Sachen der Anerkennung der Republik geltend zu machen.

Mit meinem Briefe vom 28. Februar⁴ hatte ich bezüglich Anerkennung der Republik den Gegensatz hervorgehoben, der zwischen Yuan Shi Kai und Liou Tsung Tsiang bestehe. Aus meinem Bericht konnte ferner hervorgehen, dass, was Liou event. in dieser Angelegenheit sage und tue, sich mit der Republik Yuan Shi Kais nicht decke und deshalb nicht zu ernst genommen werden müsse. Der Zufall will es, dass sich Liou in *nicht offizieller* Weise an Sie wendet, woraus, bei obiger Auslegung meines Briefes, Missverständnisse eintreten könnten. Bei der nicht unbedeutenden Veränderung der Sachlage, die seit dem 28. Februar in der äusseren und inneren Politik Chinas eingetreten ist und die notwendigerweise die Haltung der chinesischen Regierung auch bezüglich der Anerkennungsfrage beeinflussen musste, sah ich mich, ungern genug, veranlasst, Ihnen in Präzisierung meines Briefes vom 28. Februar zu telegraphieren: «recommande soutenir demande».⁵ Ungern tat ich es deshalb, weil ich in der Sache überhaupt kein Mandat hatte, noch habe. Ich halte sie indessen, nachdem die Anerkennungsfrage ventilirt ist und ich zu derselben Stellung genommen hatte, als zu wichtig, um eventuell Missverständnisse, die infolge der grossen Distanz brieflich schlecht rectificiert werden können, aufkommen zu lassen.

4. *Nicht ermittelt*.

5. *Telegramm vom 31. März 1913* (E 2001 (A), Archiv-Nr. 144).

Das ausführliche Telegramm wurde, dessen bin ich sicher, im Einverständnis, wenn nicht gar auf Veranlassung von Yuan Shi Kai gesandt. Es hatte wohl nicht zum Zweck, dass die Eidgenossenschaft die chinesische Regierung sofort anerkennen solle, sondern vielmehr denjenigen, die Stellungnahme des Bundesrates betreffs Anerkennung zu kennen. Unmittelbare Veranlassung hiezu muss der Erklärung des Präsidenten Wilson mit Bezug auf die chinesische Politik und der Austritt Amerikas aus dem «Sechsmächte»-Syndicat gegeben haben, welche Erklärung am 22. ct. in Peking bekannt wurde. Er bringt darin klar zum Ausdruck, dass Amerika mit der Politik der übrigen 5 Mächte ganz und gar nicht einverstanden ist und dass es mit der Unterbindung der Handlungsfreiheit Chinas nichts zu tun haben will. Mit Recht darf man diese Erklärung – die ich für alle Fälle in englischem Text beilege – in Peking als eine Sprengung der bisherigen Phalanx erblicken, die für China neue Perspektiven eröffnet. Das «Sechsmächte»-Syndicat, das ursprünglich die Grundsätze des «Viermächte»-Syndicates verfocht, hat mehr und mehr seinen rein geschäftlichen und alte Rechte wahrenen Charakter verloren und hat neue Rechte geltend gemacht, die sich nur durch die Machtverhältnisse begründen lassen. Nicht nur wird die gegenwärtige Schwäche Chinas dazu benutzt, die Dependenz Tibet und Mongolei vom Reiche abzutrennen, sondern die dabei direkt beteiligten Staaten wünschen, wie sich im Februar dieses Jahres herausgestellt hat, auch das Vetorecht in Finanzsachen der zukünftigen Republik. Wäre es bei der Wahrung alter und berechtigter Interessen geblieben, wie das vom «Viermächte»-Syndicat in Aussicht genommen und vom «Sechsmächte»-Syndicat längere Zeit fortgeführt wurde, so wäre für China *und* die Welt nichts Besseres zu wünschen gewesen, als ein Zustandekommen des ursprünglich gedachten Vertragsverhältnisses. Die Rückkehr zu jener aggressiven Politik – diesmal indessen unter vorheriger Verständigung der beteiligten Mächte – wie sie vor 1900 bestanden, *unter gleichzeitiger Kontrolle der Finanzen* des Reiches seitens eben dieser aggressiven Staaten, bedeutet eine Knebelung eines souveränen Staates, die sich für den Gerechtigkeitsinn Wilsons als zu stark erwiesen und zu der bekannten Erklärung geführt hat.

Die Folgen dieser unerwarteten, aber nicht unnatürlichen Wendung der Dinge sind noch nicht abzusehen. In der Hauptsache gibt sie indessen einerseits der amerikanischen Regierung bezüglich der Anerkennungsfrage nun freie Hand. Wilson scheint ganz anders zu denken als Taft, beziehungsweise dessen System. In seiner *offiziellen* Erklärung spricht Wilson bereits von den Relationen «der beiden Republiken».

Zweck, mit dem «Sechsmächte»-Syndicat zu verhandeln, war die Aufnahme eines grossen Anleihe. Da die Bedingungen des Syndicates Chinas Souveränität und Handlungsfreiheit in weit höherem Masse bedrohten, als dies vorauszusehen war, ist es gezwungen, sich auch nach andern Geldgebern umzusehen. Hiezu ist die Anerkennung der Republik sehr wünschenswert. Anerkannt wird China, so lange das «Fünfmächte»-Syndicat noch besteht, allenfalls aber nur von Amerika, der Schweiz und einigen kleineren Staaten. Deshalb der kürzliche Appell an Ihre Unterstützung. Dasselbe Ersuchen dürfte an die andern, in Frage kommenden Staaten gegangen sein.

Auch die innere Lage des Reiches drängt auf einen festeren Status hin, wie er selbst durch eine *teilweise* Anerkennung zu erreichen wäre. So lange die Republik nicht anerkannt ist, hat die Regierung bei der sich mehrenden Opposition seitens der republikanischen Partei wenig Standing. Die bekannten kürzlichen Ereignisse dürften es Yuan nahegelegt haben, ein Sicherheitsventil zu öffnen, bevor es zu spät ist. Die Regierung ist zweifelsohne, alles zusammengenommen, in eine schiefe Lage geraten und braucht notwendig eine Stärkung des Ansehens. Soll ihr dies verweigert werden?

In Frage ist allerdings das Prinzip und nicht die Partei. Wenn es aber sowohl dem leitenden, wie dem oppositionellen China passt, anerkannt zu werden, wie dies der Fall ist – wenn auch das Motiv variiert – so bietet das Problem von dieser Seite keine Schwierigkeiten mehr.

Auch der weitere Punkt, ob die Schweiz, als Nicht-Vertragsstaat, sich dabei beteiligen soll, wird erledigt, wenn China in Bern offiziell anfragt.

Es bleibt also nur übrig zu prüfen, ob das Verhalten der fünf Staaten massgebend sein soll. Amerika hat sich bereits in unzweideutiger Weise von deren Politik losgesagt, um seine eigenen Wege zu gehen. So lange sich die Mächte im Rahmen von verbrieften Rechten bewegten und in Wahrung berechtigter Interessen handelten, dienten sie damit sich selbst, China, und der Gesamtheit am besten. Wenn es nun aber überhaupt nur Fünf-Mächte Interessen und Rechte gibt, und keine andern, da scheint es mir auch für die übrige Welt offen, ihrerseits Interessen zu wahren.

Eine einseitige Anerkennung der Republik seitens der Schweiz wird nicht geplant sein, hätte auch keinen allzugrossen Zweck. Eine Stellungnahme des hohen Bundesrates in bejahendem Sinn der

776

7. APRIL 1913

Anfrage würde indessen dem Minister des Äusseren Liou in seinen Verhandlungen mit Amerika die Hände stärken, und die Anerkennung könnte allenfalls gleichzeitig mit Amerika und event. andern Staaten geschehen⁶.

6. *Winteler ging in einem weiteren Schreiben vom 8. April 1913 ausführlich auf das Verhältnis zwischen den USA und den fünf übrigen Grossmächten ein (E 2001 (A), Archiv-Nr. 144).*